

4394/J XXI.GP

Eingelangt am: 20.09.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller
und Genossen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

betreffend "Ungereimtheiten beim Gendarmerieneubau in Vöcklabruck"

Uns wurden Informationen zugetragen, die Grund zur Annahme geben, dass es beim geplanten Neubau/Ausbau Einmieten des Gendarmeriepostens (BGK und GP) in Vöcklabruck (Oberösterreich) Ungereimtheiten geben könnte. Diese Ungereimtheiten würden dazu führen, dass die Anforderungen aus wirtschaftlicher Sicht im Interesse der Bürger nicht optimal erfüllt würden. Der Steuerzahler und die Interessen der öffentlichen Hand würden, so befürchten wir, beschädigt.

Die Vorgeschichte: Die Gendarmerie muß in Vöcklabruck (Oberösterreich) aufgrund von Platznot eine Alternative zur bestehenden Gebäudesituation entwickeln. Dabei ist es notwendig, eine bedarfsgerechte räumliche Erweiterung durchzuführen. Es bieten sich mehrere Alternativen an. Eine Möglichkeit ist es, am bestehenden Standort eine neue Lösung zu finden und daher auszubauen. Der Besitzer der bestehenden Immobilie ist die BIG, die Bundesimmobiliengesellschaft. Ein diesbezüglicher Plan wurde vom Architekten Mag. Eyblmayer gemacht, der bereits Planungserfahrung mit Gendarmerieposten hat.

Eine weitere Möglichkeit ist, ein neues Gebäude, das von privaten errichtet werden soll, anzufordern. Das entsprechende Grundstück liegt im Gegensatz zum aktuellen Standort abseits des bestehenden Behörden- und Dienstleistungszentrums. Rund um diese Standortdiskussion, die auch (siehe Beilage) in der Presse ihren Niederschlag findet, gibt es Zusammenhänge, die offenbar in die Entscheidungsfindung um einen neuen Standort hineinspielen. Der Abgeordnete Keppelmüller aus Vöcklabruck hat sich in dieser Angelegenheit engagiert, wobei ihm zuletzt sogar Geschäftsstörungsklagen angedroht wurden. Starke Bedenken hat zum Privatprojekt (siehe Presseartikel) auch der FP-Abgeordnete Dipl. Ing. Max Hofman geäußert. Keppelmüller will daher die Angelegenheit einer näheren Prüfung unterziehen lassen, damit eventuelle Ungereimtheiten im Sinne des Steuerzahlers und der Öffentlichkeit aufgedeckt werden, sollten solche existieren.

Die Argumentation der Gendarmerie: Es ist anzuführen, dass der Landesgendarmeriekommandant, Brigadier Manfred Schmidbauer, schrieb,

dass er sowohl die Vorgangsweise als auch die Standortfrage habe prüfen lassen ("durch die betroffenen Stellen des Landesgendarmeriekommandos und des Bundesministeriums für Inneres") und es wurde festgestellt, das "das Projekt an der Salzburgerstraße hinsichtlich Standortqualität, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit als insgesamt am besten geeignet

befunden wurde." Es sei eine "optimale Lösung", "zumal dort für die Zwecke der Gendarmerie individuell geplant und gebaut werden kann." Ein weiteres Entscheidungskriterium der Gendarmerie könnte die Umzugsphase sein: In einer Korrespondenz wurde den Abgeordneten Keppelmüller mitgeteilt, dass die Gendarmerie gerne "direkt" übersiedeln würde ohne zwischenzeitlich in ein Ausweichquartier zu müssen, was dieser auch mit Verständnis zur Kenntnis genommen hat.

Wir glauben, dass der bestehende Standort im öffentlichen Interesse der geeignetste ist. Gegen den neuen Standort sprechen zunächst verkehrstechnische Gründe. Das bestehende Gendarmeriegebäude befindet sich nämlich räumlich in der Nähe anderer vom öffentlichen Einrichtungen genutzten Gebäuden (Bezirksgericht, Vermessungsamt, Finanzamt, Rathaus, Gebietskrankenkasse mit Ambulatorien, Arbeiterkammer, ÖGB, BFI und Autobusbahnhof) mit optimaler Verkehrsanbindung an die Bundesstraße I. Diese Verkehrsanbindung ist bei dringenden Einsätzen sehr positiv - vor allem auch mit Hinblick auf andere Gemeinden des Bezirkes Vöcklabruck. Wir glauben daher, dass der neue Standort die Gendarmerie aus der örtlichen Konzentration von öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen reißen würde. Die derzeit einfache Erreichbarkeit vieler Dienstleistungen für alle Bürger des Bezirkes Vöcklabruck wäre wesentlich geschmälert.

Der bestehende Standort ist im Besitz der BIG, der Bundesimmobiliengesellschaft. Ein Wegzug der Gendarmerie würde auch unter diesem Gesichtspunkt Kosten verursachen (z.B. Verwertung des desolaten Gebäudes).

Weitere Gründe gegen den neuen von privater Hand errichteten Standort beziehen sich auf eben jenen neuen Standort selbst. Erstens ist das ins Auge gefasste Grundstück wertvoll aus Umweltschutz-Sicht. Auf dem Grundstück befindet sich ein alter, hoher Baumbestand, sodaß man davon sprechen kann, dass dieses Grundstück eine wunderbare Grüninsel - ein Biotop für Pflanzen und Tiere - im an sich grünarmen Stadtkernbereich ist.

Zweitens liegt der neue Standort (Salzburger Strasse) verkehrstechnisch ungünstig: Die Ausfahrt liegt vor einer scharfen Kurve einer stark befahrenen Straße. Dieses Verkehrsaufkommen wird sich durch einen in der Nähe gebauten Supermarkt wesentlich erhöhen. Eine solche Ausfahrtssituation ist gefährlich. Wie bereits erwähnt ist im Gegensatz dazu die Ausfahrtssituation beim aktuellen Standort optimal.

Das Projekt (Einmietung in ein privates Mietobjekt) ist auch aus volkswirtschaftlichen Gründen abzulehnen. Der Bundesimmobiliengesellschaft würde am Standort ein schwer zu verwertendes, desolates Gebäude verbleiben, obwohl laut Chef der BIG, Dipl. Ing. Dr. Chromy, ein fertiger Plan für einen bedarfsgerechten Ausbau des Gendarmeriegebäudes vorliegt und der Gendarmerie auch angeboten wurde.

Weiters gibt es besitzrechtliche und politische Zusammenhänge, die unseren Argwohn, der vielleicht unbegründet ist, erwecken:

- Das vorgesehene Grundstück ist im Besitz der Familie des freiheitlichen Stadtparteiobmannes Winter, die von diesem Projekt zweifellos profitieren würde. Er wäre der Vermieter der Immobilie an die Gendarmerie.
- Herr Mag. Hammerlitz ist derjenige, der als Immobilienmakler das Grundstück "vermarktet" und das Projekt managt. Für den Neubau hat er zunächst ein ihm gehörendes Grundstück im Stadtzentrum ins Gespräch gebracht. Nunmehr preist er das neue Grundstück an, wobei angemerkt werden muß, dass zwischen dem teilfreigestellten Mittelschulprofessor und Immobilienmakler Hammerlitz und dem Bürgermeister von Vöcklabruck ein persönliches Naheverhältnis besteht. Es ist in diesem Zusammenhang ein offenes Geheimnis, dass Hr. Hammerlitz dafür bekannt ist "heikle Bauprojekte in Vöcklabruck durchzubringen".
- Der Postenkommandant der Gendarmerie Vöcklabruck hat eine politische Funktion inne, er ist VP-Fraktionsführer im Gemeinderat. Es stellt sich daher die Frage, ob sein Engagement für den Privatstandort rein auf Sachüberlegungen basieren oder ob auch politische und persönliche Faktoren hineinspielen bzw. hineingespielt haben.
- Die BIG hat der Gendarmerie laut Dipl. Ing. Dr. Chromy der Gendarmerie ein komplettes Gebäudeprojekt plus entsprechendem Mietpreis vorgelegt. Der Mietpreis wurde von den privaten Interessenten marginal unterboten, worauf auch die BIG ihren Preis nach unten revidierte. Dieses "Spiel" hat sich einige Male fortgesetzt bis die BIG verärgert aus dieser Lizitation ausstieg.
- Es wurde auch immer wieder behauptet, dass ein wesentlicher Teil des Privatgebäudes zusätzlich zur Gendarmerie auch von der Wiener Städtischen Versicherung angemietet werden würde. Besonders forciert wurde dies von einem lokalen Angestellten der Versicherung, der auch mit dem Gendarmeriepostenkommandant verwandt ist (Schwager). Angeblich hätte eine solche Konstruktion gegenüber dem BIG-Projekt für den privaten Anbieter verschiedene Vorteile (z.B. bei der Ausschreibung).
- Inzwischen ist bekannt, dass nach Befassung des Generaldirektors der Wr. Städtischen, Dr. Günter Geyer die Wr. Städtische sich an diesem Projekt nicht beteiligen wird. Dies wird sich vermutlich auch auf die Gesamtprojekt- und Mietplanung auswirken.
- Der neue Standort verursacht vermutlich höhere Kosten für die Volkswirtschaft bzw. für die öffentliche Hand (Abbruch der alten Immobilie, etc.).

Die oben angeführten politischen und persönlichen Zusammenhänge könnten sich auf die Entscheidungsfindung hinsichtlich eines neuen Gebäudes bzw. eines neuen Gebäudes an einem neuen Standort

ausgewirkt. Um zu dieser Klärung beizutragen, stellen daher die unterfertigten Abgeordneten folgende

ANFRAGE:

1. Wie schätzen Sie die Kostenentwicklung dieses Projektes - vor allem auch mittelfristig und langfristig projiziert - ein? Gibt es dahingehende Tabellen?
2. Verursacht ein Neubau auf neuem Grund höhere Kosten für die öffentliche Hand?
3. Ist die BIG daran interessiert, dass öffentliche Dienstleistungen in bestehenden Gebäuden bzw. Grundstücken bleiben?
4. Müssen Mietverhältnisse um jeden Preis von privaten durchgeführt werden bzw. ist die BIG automatisch zweite Wahl bei Entscheidungen hinsichtlich von Mietvorhaben?
5. Was unternimmt Ihr Ressort und die BIG dazu, dass öffentliche Einrichtungen den Standort als attraktiv einstufen und nicht wegziehen wollen?
6. Gab es Gespräche der Betroffenen Projektverantwortlichen mit ihrem Ressort bzw. mit der BIG bezüglich der Einholung von Kostenoffers und Kosten generell?
7. Ist es Ihr Bestreben, die Ausgaben der öffentlichen Hand in rationaler Hinsicht zu evaluieren und entsprechend zu koordinieren?
8. Was unternehmen Sie dazu, dass Entscheidungen im Bereich Bauvorhaben und Mieten von Grundstücken seitens der Gendarmerie dahingehend objektiviert werden, dass in die Entscheidungsfindung sämtliche Kriterien einfließen, die von öffentlichem Interesse sind (also nicht nur die pure Kostenentscheidung)?
9. Führen Sie bei vergleichbaren Vorhaben Kosten-Nutzen-Analysen durch, die über den Preis hinaus Kosten und Nutzen in die Entscheidungsfindung einbeziehen?
10. Welche rationalen Entscheidungskriterien sind in die Entscheidung eingeflossen bzw. fließen in die Entscheidung hinsichtlich eines Mietverhältnisses auf bestehendem Grund oder privaten Grund?
11. Was sind die Entscheidungskriterien aus der Sicht der Gendarmerie bisher gewesen?
12. Welche Kriterien sind als maßgebliche zu bezeichnen?
13. Welche Kriterien haben sich auf die Entscheidungsfindung ausgewirkt?
14. Welche Kriterien haben die "Betroffenen" des Innenministeriums bzw. des Landesgendarmeriekommandos überzeugt, dass der neue Standort besser sei als der bestehende?
15. Welche genauen Argumente und Punkte werden angeführt, die eine solche Entscheidung rechtfertigen?
16. Gibt es generell in solchen Fällen eine Vorgangsweise, die das Für und Wider in rationaler Hinsicht nachvollziehbar machen?
17. Wie verhindern Sie in diesem Zusammenhang, dass ausschließlich private Gewinninteressen letztendlich den Ausschlag für eine Lösung geben?

18. Wie stellen Sie sicher, dass unter dem Vorwand des "Outsourcing" nicht mittel- und langfristig höhere Kosten für die Allgemeinheit verursacht werden?
19. Wie stellen Sie in diesem Fall sicher, dass die volkswirtschaftlichen Kosten (kurzfristige, mittelfristige, langfristige) als ein wichtiges Entscheidungskriterium herangezogen werden?
20. Inwieweit spielen persönliche Beziehungen zwischen einem Immobilienmakler und einem Bürgermeister bzw. eines Gendarmerie-Postenkommandanten in eine solche Entscheidung von solcher finanzieller Tragweite hinein?
21. Können Sie ausschliessen, dass derartige persönliche Präferenzen zur Entscheidungsfindung in diesem Fall beigetragen haben?
22. Tragen derartige persönliche Präferenzen generell zu derartigen Entscheidungen bei, die die Verwendung von öffentlichen Mitteln beinhalten?
23. Welche Mechanismen sind in Kraft bzw. werden Sie in Kraft setzen, um die Zuverlässigkeit der Entscheidungsfinder bei Bauvorhaben in ihren Ressort zu überprüfen?
24. Werden Entscheidungsfinder in Ihrem Ressort dahingehend überprüft, ob keine persönlichen oder politischen Kriterien in die Entscheidung einfließen?
25. Ist in diesem Fall der Preis das einzige Entscheidungskriterium gewesen oder gab es eine rationale Abwägung der Vor- und Nachteile?
26. Sind sie generell der Meinung, dass derartige Bauvorhaben einer öffentlichen Kontrolle zu unterziehen seien - insbesondere auch das Öffentlichmachen der Entscheidungsgrundlagen für eine solche Mietvorhaben-Entscheidung?
27. Was unternehmen Sie bzw. werden Sie in Zukunft unternehmen, dass Unregelmäßigkeiten bei derartigen Bauvorhaben bzw. Mietvorhaben hintangebunden werden?
28. Glauben Sie, ist Transparenz in einem solchen Zusammenhang ein Prinzip, das im Interesse der Öffentlichkeit generell verpflichtend anzuwenden ist?
29. Welche aktiven Schritte unternimmt ihr Ressort, um Mißbrauch von öffentlichen Geldern zum ausschließlichen persönlichen Geldvorteil privater zu unterbinden?
30. Glauben Sie, haben die Beteiligten, insbesondere jene aus ihrem Ressort, die Angelegenheit mit der nötigen Sorgfalt erledigt? Sind sie mit dem nötigen Verantwortungsgefühl an die Entscheidung herangegangen?
31. Haben sich die Verantwortlichen mit den persönlichen und politischen Zusammenhängen der Causa beschäftigt, die in die Entscheidungsfindung eingeflossen sein können?
32. Sind Sie der Meinung, dass es im Zuge der Entscheidung zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist? Sind Ihnen etwaige illegale Vorgänge bekannt?
33. Was unternehmen Sie um eventuell bestehende Unregelmäßigkeiten aufzudecken? Welche Schritte in dieser Hinsicht haben Sie bereits unternommen?

Standortstreit scheidet Gendarmerie um Ministerium siedelt Gendarmerie um

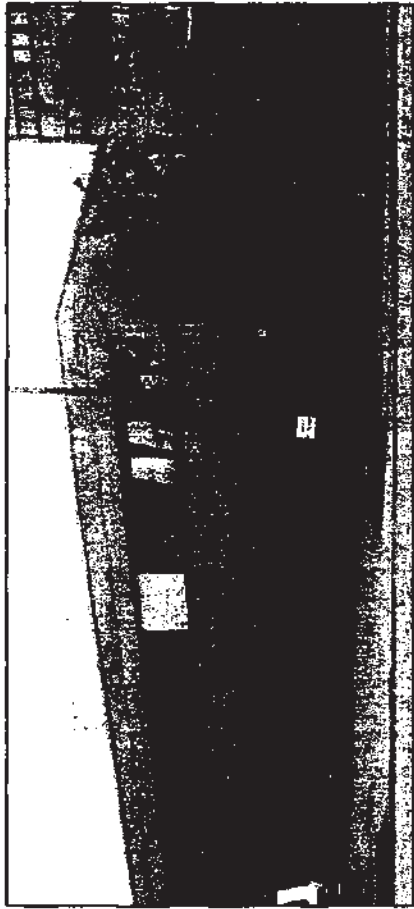
VON 9.9.02

VON HELMUT WIMMER

VÖCKLABRUCK. Das Innenministerium will noch heuer den Spatenstich. So gehen Einwände der Nationalräte Hofmann (FP) und Keppelmüller (SP) gegen den Vöcklabrucker Gendarmerieneubau in der Salzburgerstraße offenbar ins Leere.

Peter Keppelmüller, er ist Chef der Sozialdemokratie im Bezirk, bekämpft den Plan, dass der Immobilienmakler Erwin Hammerlitz auf dem Grundstück des Vöcklabrucker Freiheitlichen-Obmanns Hannes Winter ein Gebäude für die Gendarmerie errichtet. Keppelmüller hält die Ausfahrt in einer Kurve der Salzburgerstraße für „katastrophal“ und sorgt sich um den alten Baumbestand.

Er will daher, dass die Gendarmerie auf ihrem jetzigen Standort bleibt, wofür Vöcklabrucks VP-Vizebürgermeister Hansjörg Eiblmayr im Auftrag der Bundesimmobiliengesell-



Gendarmerie Vöcklabruck soll Ende 2003 vom Altbau weg. (wim)

schaft (BIG) als Architekt schon den Um- und Ausbau plante.

Innenminister Ernst Strassers Sprecher Michael Kloibmüller kennt als ehemaliger Vöcklabrucker Gendarm die räumliche Misere dort bestens. Er sagt im OÖN-Gespräch: „Wenn der Gestaltungsbeirats-

beschluss positiv ist, wird auf dem Winter-Grund gebaut und die Gendarmerie Vöcklabruck plus Bezirkskommando wird sich voraussichtlich im Herbst 2003 dort einmieten. Wir wollen

den Spatenstich noch heuer.“

Laut Kloibmüller kann Hammerlitz dort eine billigere Miete anbieten als es die BIG am alten Standort könnte. Denn jeder Umbau – mit Herausreißen der Zwischenwände, Einbau von Wärmeisolierung, Sanierung von Kanal und kaputter Leitung – koste mehr als ein Neubau.

Außerdem, so der Minister-sprecher, müsste man während der Umbauzeit die Beamten aus-siedeln, etwa in Containern: „Mit hohen Kosten für die EDV-

Verlegung und einer Gefahr bei der Waffenverwahrung.“ Die Kosten für einen schlüsselfertigen Neubau auf dem Winter-Grund zahle ohnehin ein Privater. Und man habe einen Vertrag mit dem Bauherrn, dass der Mietpreis gehalten wird, auch wenn nicht, wie früher die Rede war, eine Versicherung als zweiter Mieter einziehen werde.

FP-Nationalrat Max Hofmann hingegen spricht von einem Angebot auf dem Winter-Grundstück, „das nur wenige Cent unter dem BIG-Angebot liegt“. Die Zumutbarkeit von Um- und Ausbau am jetzigen Gendarmeriestandort sei zu prüfen: „Sonst wird etwas vernichtet, das Geld kostete und in den 70er Jahren für die Gendarmerie gebaut wurde. Ich kann mir eine andere Nutzung kaum vorstellen.“

Das Haus wäre ein Fall für den Caterpillar. Aber falls sich zeigt, dass ein anderer Standort für die Gendarmerie gleich gut oder besser ist, „bin ich überzeugbar“, ergänzt Hofmann.

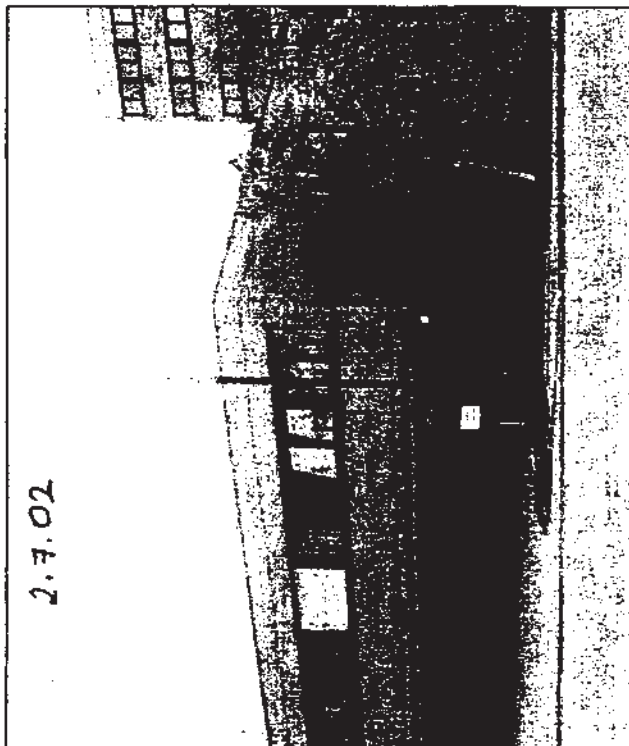
Gendarmerie baut sich neues Quartier Kommen in Altbau 3 Bezirksgerichte?

VON HELMUT WIMMER

VÖCKLABRUCK. Nun ist es fix: Die Vöcklabrucker Gendarmerie samt Bezirkskommando bekommt einen Neubau auf dem Winter-Grundstück an der Salzburger Straße. Dann ist die Platznot endlich vorbei.

Immobilienmakler Erwin Hammerlitz verwertet das Areal in der Kurve beim Mutterhaus der Franziskanerinnen. Der zu bebauende Grund ist aus dem Besitz der Familie von FP-Stadtparteiobmann Hannes Winter. Einziehen wird dort außer der Gendarmerie auch eine Versicherungsgesellschaft.

Wie aus dem Landesgendarmeriekommando zu erfahren war, befasst sich der Gmundner Architekt Heinrich Traugott mit der Planung. Der Einmietbedarf der Gendarmerie beträgt rund 1200 Quadratmeter für 40 bis 50 Beamte. Das mehrstöckige Gebäude erhält eine Tiefgarage und im Keller voraussichtlich



In zwei Jahren steht dieses alte Gendarmeriehaus leer. Foto: wim

einen hundert Quadratmeter und Gmunden. Die Zufahrt wäre großen Saal für „einsatztaktische Übungen“ der Gendarmen aus den Bezirken Vöcklabruck

den Gestaltungsbeitrag und einer ein- bis zweigeschossigen Bauzeit könnten die Ordnungshüter also Mitte 2004 übersiedeln. Was mit dem derzeitigen Vöcklabrucker Gendarmeriehaus geschieht, ist noch unklar. Es gehört der Bundesimmobiliengesellschaft.

Bürgermeister Brunsteiner (VP) äußerte gegenüber der Presse bereits den Vorschlag, der Justizminister möge die Bezirksgerichte Frankenmarkt, Schwanenstadt und Mondsee hier einquartieren, falls er seinen Plan wirklich umsetzt, diese nach Vöcklabruck abzusiedeln.

Die „Cobra“ kriegt Weyregg

Noch nicht entschieden ist auch die künftige Verwendung des alten Gendarmeriegebäudes in Weyregg am Attersee, das nach der Auflösung der dortigen Gendarmerie leer steht. Voraussichtlich aber bleibt es in Bundesbesitz und wird ein Tauch- und Schulungszentrum für die Exekutive. Speziell für das Einsatzkommando „Cobra“.

Nationalräte gegen Bau für Gendarmerie

VÖCKLABRUCK. Aus Platznot plant die Vöcklabrucker Gendarmerie einen Neubau auf dem „Winter-Grund“ an einer Kurve der Salzburgerstraße. Dagegen tritt Vöcklabrucks-Nationalrat Peter Keppelmüller auf. „Ich halte diesen Standort gegenüber dem künftigen Hofer-Markt für ungünstig. Weiter müssten auf dem Areal wieder viele schöne Rotbuchen gerodet werden.“ Die Gendarmerie solle dort abziehen, wo sie jetzt ist, da sie weiterhin eine Einheit mit dem Behörden-Dienstleistungszentrum an der Örtstraße bilden sollen. Diese Meinung weiß sich Keppelmüller dabei mit dem freisinnlichen Vöcklabrucker Nationalrat Max Hofmann, der dies auch gegenüber den ÖÖN bestätigte. (wim)

ÖÖN
19.07.02